
Datum:
30.08.2010
Telefon/Kl.:
07242/235-4160
Anschrift:
Stadtplatz 1, 4600 Wels

Pressekonferenz mit

Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser
StR. Dr. Andreas Rabl

Status Budgetsanierung und Rückblick Reformprogramm 2004+

I. Reformprogramm 2004+

Mit der Strukturreform, welche unter dem Titel „Reform Programm 2004+“ im Herbst 2004 startete, wurden große Ziele angestrebt. Mit den daraus resultierenden Maßnahmen sollte der **damalige Fehlbetrag** des ordentlichen Haushaltes in der Größenordnung von **€ 8 Mio.** mit bereits damals stark steigender Tendenz sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig ausgeglichen werden.

Die derzeitige Situation stellt jenes Bild dar, dass die Stadt Wels kein Geld hat und in jedem **Budget der nächsten Jahre bis zu € 20 Mio. sparen** muss. Die **Pro-Kopf-Verschuldung** würde ohne Gegensteuerung explosionsartig ansteigen - 2008 betrug sie € 176,--, ohne Maßnahmen würde sie **2012** bei etwa **€ 942,--** liegen.

Beim „Reform Programm 2004+“ wurden von den Mitarbeitern Verbesserungsvorschläge eingeholt – eine Maßnahme, die in der Privatwirtschaft zum laufenden Allgemeinbetrieb und zur Selbstverständnis gehört, in ISO-zertifizierten Unternehmen sogar eine Pflichtanforderung darstellt. In Summe wurden dabei **618 Maßnahmen** eingebracht und in einer Liste im

magistratsinternen Info-Pool veröffentlicht. Ein Begleitschreiben informierte überdies, dass die Umsetzung im „Erledigungsvermerk“ mit Datum eingetragen wird. Verwunderlich ist jedoch, dass – obwohl sowohl Begleitschreiben als auch Liste selbst heute noch im magistratsinternen Intranet zu finden sind - bis dato in dieser Liste bei keinem einzigen Vorschlag ein Erledigungsvermerk eingefügt wurde.

Im Zuge dieses Reformprozesses wurde von einer **Reduzierung der Abteilungen von 12 auf 7** sowie der **Dienststellen von 55 auf 37** gesprochen. Betrachtet man den **aktuellen Stand**, so ist festzustellen, dass es derzeit im Magistrat Wels **9 Abteilungen, 43 Dienststellen, 3 Stabstellen sowie 2 „Büros“** (Büro für Frauen, Gleichbehandlung und Integration sowie Krankenfürsorge- und Rechtsmittelbüro) gibt. Diese 2004 festgesetzten Ziele wurden nicht umgesetzt. Dies ist verwunderlich, da andere – größere – Städte mit weniger Abteilungen und Dienststellen auskommen. Betrachtet man zB die Stadt Linz so ist festzustellen, dass es lediglich 6 Geschäftsgruppen und 24 Dienststellen gibt. Auch Innsbruck kommt mit 5 Abteilungen und 29 Ämtern (=Untergliederung der Abteilungen) aus.

Beim Reformprogramm 2004+ wurde bestimmt, dass es hinsichtlich der **Aufbauorganisation** zu **Neuordnungen der Abteilungen** „Kultur und Bildung“, „Schulen, Jugend und Freizeit“ sowie „Kinderbetreuung“ kommen soll. Betrachtet man die Abteilung „Kultur und Bildung“ so ist festzustellen, dass es immer noch – wie 2004 – 5 Dienststellen gibt, lediglich die „Mediathek“ in „Stadtbücherei“ umbenannt wurde. Einige der Dienststellenstellvertreter wurden nicht nachbesetzt. Bei der Abteilung „Schulen, Jugend und Freizeit“ gab es – außer einigen neuen Namen – absolut keine Änderungen. Noch immer gibt es bei 2 der 3 Dienststellen 2 Dienststellenleiterstellvertreter. Lediglich in der Abteilung „Kinderbetreuung“ konnte festgestellt werden, dass die 2 Dienststellen zu einer zusammengefasst wurden, dh der „Logopädische Dienst“ in die Dienststelle „Kindergarten und Horte“ integriert wurde.

Weiters wurde im Jahr 2004 festgelegt, dass **Geschäftsgruppen** nach personellen Entscheidungen wieder aufgelöst werden. Dies wurde zwar in bei der Baudirektion durchgeführt, die Geschäftsgruppe Direktion existiert jedoch bis dato. Auch die damals beschlossene Zusammenführung der Dienststellen nach personellen und organisatorischen Entscheidungen wurde nach Ansicht der Freiheitlichen zu wenig konsequent vollzogen. Zwar wurden einige Dienststellen zusammengefasst, doch andere Dienststellen wurden einfach zu einer Stabstelle umgewandelt, wie dies zB bei der Dienststelle „Presse“ – neu Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit – der Fall war.

Hinsichtlich der **Struktur und Ablauforganisation** wurden Themen, wie zB die Auflassung der Mediathek-Zweigstelle Neustadt sinnvoll umgesetzt, doch andere Bereiche, wie zB die Steigerung des Kostendeckungsgrades bei Eigenveranstaltungen der Kultur so abstrakt angeführt, dass diese weder konkrete Ziele darstellten, welche verifiziert werden konnten, noch wurden dementsprechende Analysen über Erreichtes übermittelt.

Hinsichtlich der **sonstigen Struktur- und Reformmaßnahmen** ist hinzuzufügen, dass die Gründung einer Immobiliengesellschaft und Holding sowie der Wohnungsverkauf abgewickelt wurden bzw. werden. Eine Standortanalyse der Amt- und Betriebsgebäude wurde ebenfalls durchgeführt, doch ohne entsprechende Konsequenzen. Hinsichtlich des Projektes Organisationsentwicklung Facility-Management fehlen jedoch jegliche Umsetzungsmaßnahmen.

II. derzeitige Budgetsituation

Betrachtet man die derzeitige Budgetsituation der Stadt Wels so ist festzustellen, dass per Juli 2010 Ausgaben in der Höhe von € 88,12 Mio. den Einnahmen von € 86,76 Mio. gegenüberstehen. Somit wurden **€ 1,36 Mio.** mehr ausgegeben als eingenommen.

Im Vergleichszeitraum des Jahres **2009** standen Ausgaben von € 85,64 Mio Einnahmen von € 86,07 Mio. gegenüber. Somit ist festzuhalten, dass im Vorjahr die **Einnahmen um € 0,43 Mio. höher waren als die Ausgaben.**

Festzuhalten ist, dass die Höhe des Personalaufwandes von € 33,4 Mio. im Vergleichszeitraum des Jahres 2009 auf € 35,3 Mio. im heurigen Jahr - somit um beinahe € 2 Mio. - gestiegen ist. Auch der Sachaufwand stieg um € 0,5 Mio. Im Gegenzug dazu sanken die Bundesertragsanteile um € 2 Mio.

Nun ist es dringend an der Zeit, effektive Maßnahmen zu einer grundlegenden Strukturreform festzulegen. Das im Sommer angekündigte und im Juli im Gemeinderat beschlossene Expertengremium hinsichtlich der „Reform 2010“ ist nun gefordert, dringend ein effektives Maßnahmenpaket – mit Mithilfe aller Mitarbeiter – zu erarbeiten. Ziel dieser Expertengruppe ist es, Einsparungen in der Höhe von 5 % des ordentlichen Haushaltes 2010 zu erreichen, dh mindestens € 9 Mio. sollen gespart werden. Hierbei ist vor allem auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu achten. Für das Budget des Haushaltsjahres 2011 sind zumindest 2,5 % einzusparen.